

14 NOVEMBRE 1919

331

150

E 1004 1/273

CONSEIL FÉDÉRAL
*Procès-verbal de la séance du 14 novembre 1919*¹

3900. Vorarlbergfrage

Politisches Departement
Antrag vom 14. November 1919

Das politische Departement stellt in Abänderung seiner Anträge vom 5.² und 10. November³ den Antrag:

Der Bundesrat wolle das politische Departement ermächtigen, den Landeshauptmann von Vorarlberg folgendes wissen zu lassen:

«Die Schweiz mischt sich in keiner Weise in die innern Verhältnisse zwischen Vorarlberg und Österreich.

1. *Le siège de feu le Conseiller fédéral E. Müller était toujours vacant.*

2. *Non reproduite, cf. E 1001 1 EPD Anträge 1.10 – 31.12, 1919. Pour un résumé de cette proposition, cf. n° 145.*

3. *Cette proposition du 10 novembre reprenant les informations transmises par M. Ender disait:*

Kürzlich war Dr. Fink, der Vize-Kanzler Österreichs, in Bregenz und sagte, er hege sehr ernste Befürchtungen, dass in einem gegebenen Augenblicke versucht werde, ganz Deutsch-Österreich durch einen Staatsstreich an Deutschland zu bringen. *Die bestehende Regierung würde erklären, dass sie die Verantwortung nicht mehr zu tragen vermöge und keinen Ausweg sehe, als die Hilfe und den Schutz des Deutschen Reiches anzurufen. Es wäre dann niemand mehr da, und die Deutschen könnten an eine leere Stelle treten.*

Was die ernstesten Befürchtungen weckt, ist die Tatsache, dass Dr. Deutsch die Volkswehr zu einer rein sozialistischen, bewaffneten Macht umgestaltet. Trotz Überflusses an Offizieren der alten Armee werden beständig aus der sozialdemokratischen Partei neue Offiziere brevetiert und die alten ausgeschaltet. So ist die Sozialdemokratie bald die einzige bewaffnete Macht im Land und sie ist ja für den Anschluss an Deutschland.

Herr Ender erzählte weiter, dass der preussische Gesandte in Stuttgart, Moltke, sich ganz besonders entgegenkommend zeigte. Er sei ein sehr intelligenter Mann und habe es sofort verstanden, mit den Vorarlbergern zu verhandeln. Übrigens bemühe sich Deutschland ganz besonders um Vorarlberg, *viel mehr als um die anderen Länder*, welche sowieso für die deutsche Sache mehr oder weniger gewonnen seien.

Am 15. November wird der Landtag zusammentreten. Die Versammlung muss, offiziell oder privatim, über die Verhandlungen mit Deutschland unterrichtet werden. Dass grosse Entgegenkommen Deutschlands kann nicht verfehlen, einen grossen Eindruck zu machen.

Trotzdem würde es der Landesregierung keine Mühe geben, von dem Landtag eine Kundgebung zugunsten der Schweiz zu erhalten, sei es, dass die Regierung einen Antrag stellt oder sie sonst provoziert. Auch wäre Herr Ender in der Lage, von einem Tag auf den anderen den Arlberg zu sperren. Nötig wäre allerdings zu wissen, dass man nicht neuerdings einen Misserfolg in der Schweiz haben würde.

Aus dem Vorstehenden sowie aus anderen eingezogenen Erkundigungen geht klar hervor, dass der Landtag von einem Tag auf den anderen sich wird entschliessen müssen, ob der Schutz bei Deutschland gesucht werden soll, oder bei der Schweiz. Die vertrauliche Mitteilung des Herrn Fink an Herrn Ender scheint uns von der grössten Wichtigkeit zu sein. Sie bestätigt unsere Auffassung über die verzweifelte Lage Österreichs und die infolgedessen immer näher rückende Gefahr eines erzwungenen Anschlusses Vorarlbergs an Deutschland.

Falls aus irgend einem Grund eine Loslösung des Vorarlbergs von Österreich erfolgen sollte, würde die Schweiz das Vorarlberg nach Möglichkeit wirtschaftlich und politisch unterstützen bis zur Abklärung der Frage seiner Selbständigkeit und seiner politischen Zukunft.»

Der Vorsteher des politischen Departements weist darauf hin, dass nunmehr, angesichts der Anstrengungen Deutschlands, sich das Vorarlberg einzuverleiben, des drohenden Zerfalls Österreichs, dessen Regierung den Anschluss Vorarlbergs an Deutschland begünstigt, der Notlage Vorarlbergs und mit Rücksicht auf die Interpellationen Winiger und Gelpke⁴ in den eidg. Räten, der Moment gekommen sei, wo der Bundesrat zur Vorarlbergerfrage Stellung nehmen müsse. Die Sachlage habe sich durch das entschiedene Eingreifen Deutschlands geändert. Die Gefahr, dass die Schweiz auch im Osten gänzlich von Deutschland umklammert werde, wenn Österreich mit Vorarlberg sich zu Deutschland schlage, sei gross und müsste von den unangenehmsten Folgen für die Schweiz sein. Halte man die Abwendung dieser Gefahr und die übrigen politischen Gründe für ausschlaggebend, so müssten finanzielle Erwägungen in diesem historischen Momente zurücktreten, und diese letzte Gelegenheit müsse benützt werden, um die Vorarlbergerfrage nicht durch die Macht der Umstände zugunsten Deutschlands präjudizieren zu lassen. Die Unterstützung Vorarlbergs auch in politischer Beziehung werde zwar Deutschland und Österreich unangenehm berühren, aber weder von dieser noch von anderer Seite diplomatische Folgen zeitigen. Tue der Bundesrat jetzt nichts, so werde im Vorarlberg der Umschwung zugunsten des Anschlusses an Deutschland unweigerlich und zwar in den nächsten Tagen eintreten.

In der Beratung wird festgestellt, dass ein sehr grosser Teil des Schweizervolkes von einer Annexion des Vorarlbergs zur Zeit nichts wissen wolle, wohl aber mit einer Lösung einverstanden wäre, wonach Vorarlberg einen selbständigen Staat mit engen wirtschaftlichen Beziehungen zur Schweiz bilden würde. Im Kanton Genf könnte die Gefahr des Anschlusses Vorarlbergs an Deutschland einen Umschwung der Stimmung zugunsten des Anschlusses an die Schweiz hervorrufen, während man in der Waadt und Neuenburg selbst hierauf kein grosses Gewicht lege. Immerhin wird anerkannt, dass diese Gefahr abgewendet und eine Lösung im vorgenannten Sinne ermöglicht werden sollte. Zu diesem Zwecke müsse ein Schritt in der vom Antrag des politischen Departements angedeuteten Richtung getan werden, wobei man sich aber klar darüber sein müsse, dass jede Unterstützung Vorarlbergs der Schweiz bedeutende Opfer auferlegen werde. Vorarlberg sei als selbständiger Staat bei der grossen Schuldenlast, die es übernehmen müsse, kaum lebensfähig. Die eventuelle Rückwirkung der Unterstüt-

Unter solchen Umständen erneuert das politische Departement seinen Antrag vom 5. November und bittet dringend um Zustimmung des Bundesrates zum folgenden Antrag:

Der Chef des politischen Departementes wird ermächtigt, dem Landeshauptmann von Vorarlberg kategorisch zu erklären, dass, falls Vorarlberg sich von Österreich lostrennen sollte, sei es durch eine Selbständigkeitserklärung oder durch die Macht der Verhältnisse, die Bundesregierung demselben die materielle, moralische und politische Hilfe gewähren würde, bis die Frage seiner Zugehörigkeit gelöst worden ist. (E 1001 1 EPD Anträge, 1.10–31.12, 1919).
4. Cf. n° 157.

zung Vorarlbergs auf die schweizer. Guthaben in Deutschland und Österreich und eventuell auch auf die Kohlenlieferungen aus Deutschland dürfe nicht ausser Acht gelassen werden. Zu beachten sei auch, dass ohne die Vermittlung und Mitwirkung des Völkerbundes eine Angliederung des Vorarlbergs an die Schweiz nicht denkbar sei. Die politische Unterstützung müsste sich also darauf beschränken, dass die Schweiz beim interalliierten Rat den Anwalt des Vorarlbergs für seine Bestrebungen zur Erlangung des Selbstbestimmungsrechts mache. In wirtschaftlicher Beziehung könne es sich gegenwärtig nur darum handeln, dem Vorarlberg Lebensmittel – von Kohlen wäre abzusehen – zu Inlandspreisen zu liefern und ihm hierfür vorläufig Kredit zu gewähren. Wollte man weitergehen, oder die Versorgung für längere Zeit durchführen, was grosse Mittel beanspruchen würde, so müsste der Bundesrat sich hierzu durch die Bundesversammlung ermächtigen lassen und zu diesem Zwecke eine Botschaft an sie richten, deren wirtschaftlicher Teil auch über die Lasten, die der Schweiz daraus erwachsen, Aufschluss geben müsste.

Schliesslich einigt sich der Rat dahin, das politische Departement zu ermächtigen, dem Landeshauptmann von Vorarlberg mündlich durch einen Vertrauensmann folgendes eröffnen zu lassen:

«Die Schweiz mischt sich in keiner Weise in die innern Verhältnisse zwischen dem Vorarlberg und Österreich ein. Für den Fall aber, dass aus irgend einem Grunde die Loslösung des Vorarlbergs von Österreich in Frage kommen sollte, würde der Bundesrat auf Wunsch des Vorarlbergs mit ganzer Kraft dessen Bestrebungen zur Verwirklichung seines Selbstbestimmungsrechts, sei es beim Völkerbund, sei es bei der Pariser Konferenz, unterstützen.

Der Bundesrat ist ferner bereit, dem Vorarlberg auf Wunsch angemessene wirtschaftliche Unterstützung angedeihen zu lassen, namentlich in der Form von Kreditgewährung und Lieferung von Lebensmitteln.»⁵

ANNEXE 1

E 2001 (B) 3/10

*Le Délégué du Vorarlberg, G. Neubner,
au Chef du Département politique, F. Calonder*

Copie

Bern, anfangs Dezember 1919

1. Gibt die Schweiz uns Kohlen und Koks im ganz reduzierten Hungerausmasse von 50 Waggons monatlich, wobei die Kohlen für den Bahnbetrieb nicht inbegriffen sind?
2. a. In welcher Zeit können für uns 40 bis 60 Millionen Landesgeld (Vorarlberger Kronen) in verschiedenen Stückelungen gedruckt werden?

5. *Dans une note en bas du document, il est précisé:* Die genaue Formel wurde gemäss dem in der Sitzung erteilten Auftrag von den HH. Vizepräsident Motta und BR Calonder festgesetzt.

Au début décembre, les possibilités d'aide économique et politique au Vorarlberg, envisagées par la Suisse, étaient l'objet d'un questionnaire adressé au Chef du Département politique, F. Calonder, par le délégué du Vorarlberg, Neubner (reproduit en annexe 1). La réponse, rédigée par Calonder et remise à Neubner le 2 décembre est reproduite en annexe 2.

- b. Eventuell in welcher Zeit kann eine gleiche Summe deutschösterreichischer abgestempelter, in der Schweiz liegender Noten unnachahmbar auf Vorarlberger Noten abgestempelt werden?
- c. Muss für die Kosten im Falle a und b Deckung durch einen Beschluss des Landtages vorhanden sein, oder trägt jemand in der Schweiz das Risiko?
- Dabei ist im Falle b die Gefahr, dass die Gültigkeit der so gestempelten Noten von Deutschösterreich negiert werden könnte?
3. Übernimmt die Schweiz den Betrieb der Bahn und Post?
 4. Sichert die Schweiz den Betrieb unserer Elektrizitätswerke, in denen zum grössten Teil schweizerisches Kapital investiert ist, wenn die Arbeiter das Werk still legen?
 5. Kann die Schweiz ausreichende Hilfe geben, wenn die Volkswehr (500 Mann, von denen jene in Schruns und Götzis, gegen 150 Mann, nicht in Betracht kommen) bewaffneten Widerstand aufbietet?
 6. Wie verhält sich die Schweiz mit dem Schutze, wenn Österreich bewaffnete Volkswehr aus anderen Ländern nach Vorarlberg wirft?
 7. Vertritt die Schweiz unser Begehren bei der Pariser Konferenz mit Aussicht auf raschen Erfolg, wenn wir im Landtag folgenden Beschluss fassen:
 - a. Der Landesrat hat Vorbereitungen zu treffen für den Fall, dass das Land seine Geschicke aus irgend einem Grunde vollkommen selbst in die Hand nimmt;
 - b. Die Staatsregierung ist aufzufordern, das Recht des Vorarlberger Volkes, sich selbständig zu stellen, anzuerkennen;
 - c. Die Schweizerische Eidgenossenschaft ist zu ersuchen, bei der Pariser Friedenskonferenz oder bei dem etwa inzwischen konstituierten Völkerbund die Anerkennung des Rechtes, sich selbständig zu erklären, für das Vorarlberger Volk zu erwirken.

ANNEXE 2

E 2001 (B) 3/10

*Le Chef du Département politique, F. Calonder, au Délégué du Vorarlberg, G. Neubner**Copie**Bern, 2. Dezember 1919³*

ad 1: Kohlen können nicht geliefert werden.

ad 5 und 6: Die Schweiz kann unter keinen Umständen militärische Hilfe leisten. Wir müssen von jedem gewaltsamen Vorgehen dringend abraten. Alles, was Vorarlberg tut, soll sich auf dem Boden der Ordnung und des Rechts bewegen.

ad 7: Die Schweiz kann das Vorarlberg in bezug auf das Selbstbestimmungsrecht bei der Pariser Konferenz nicht vertreten, sondern nur unterstützen. Vorarlberg muss also zuerst seine Eingabe an die Konferenz oder an den Völkerbund richten. Dann erst kann die Schweiz auch ihrerseits ihre unterstützenden Schritte tun. Die Staatsregierung sollte jedenfalls auch aufgefordert werden, das Selbstbestimmungsrecht anzuerkennen. Der Entscheid hierüber liegt bei der Pariser Konferenz oder beim Völkerbund. Die Schweiz wird im Sinne vorstehender Ausführungen alles tun, was in ihrer Macht liegt, um den Vorarlbergern das Selbstbestimmungsrecht zur vollen Anerkennung zu bringen.

Auf die Fragen, 2, 3, 4 kann einstweilen nicht geantwortet werden, da die Bundesversammlung die Vorarlbergerfrage noch nicht diskutiert und hiezu Stellung genommen hat.

In politischer Hinsicht ist zu betonen, dass die Schweiz in keiner Weise die Vorarlberger veranlassen oder ermutigen will, sich von Österreich zu trennen. Aber auch für das Vorarlberg selber ist seine Zugehörigkeit zu Österreich so lange kein Nachteil, als letzteres lebensfähig und unabhängig bleibt. Die Schweiz wird das Vorarlberg, auch wenn es bei Österreich bleibt, *in jeder Beziehung nach Möglichkeit unterstützen*.

3. *Remarque manuscrite de Lardy en tête du document: remis à M. Neubner le 2 décembre 1919.*

14 NOVEMBRE 1919

335

Eine unerwünschte Lösung der ganzen Frage wäre, vom schweizerischen Standpunkte aus, der Anschluss des Vorarlbergs an Deutschland – mit oder ohne Österreich. Das ist – neben warmer Freundschaft und Sympathie – der Hauptgrund, warum sich das Schweizervolk um die Vorarlbergerfrage interessiert. Dass die Schweiz alles aufbietet, um eine solche Wendung zu verhindern, ist natürlich, immer vorausgesetzt, dass sie damit gemäss dem Willen der Vorarlberger handelt.

Die aufrichtige Freundschaft der Schweiz bleibt den Vorarlbergern unter allen Umständen gesichert. Die Schweiz legt durchaus kein entscheidendes Gewicht auf wirtschaftliche Vorteile, auf Vergrösserung ihres Gebietes oder ihres Einflusses. Wir wollen vor allem den freien Willen des braven Vorarlberger Volkes achten und geachtet wissen; diesen Standpunkt werden wir trotz allem selbst dann nicht verlassen, wenn die Vorarlberger aus irgend einem Grunde sich für Deutschland und nicht für die Schweiz entschliessen, was allerdings kaum denkbar erscheint.

Diese Bemerkungen waren notwendig, weil die Erklärungen des Bundesrates⁴ vielfach falsch verstanden wurden.

Im übrigen wird die Schweiz unter allen Umständen und ganz unabhängig von der politischen Seite der Vorarlbergerfrage fortfahren, dem Vorarlbergervolk zu helfen, namentlich hinsichtlich seiner Versorgung mit Nahrungsmitteln und Bedarfssachen. Das ist jetzt die Hauptsache. Die Schweiz will jetzt ihre Sympathie durch die Tat beweisen und das Freundschaftsband für alle Zeiten fest und unauflöslich knüpfen.

4. Cf. n° 157.